

Schützenagenda DER GERECHTIGKEIT GENÜGE TUN

Zu frech gefreut

Osama bin Ladens Tod wurde von deutschen Spitzenpolitikern ganz offenbar mit Genugtuung begrüßt. Dabei sollte doch gerade der christlich-geprägten Kanzlerin klar sein, dass der Tod eines Menschen niemals Grund zur Freude sein kann. Die völkerrechtlichen Implikationen noch nicht einmal angesprochen.



Klammheimlich war sie nicht, die von Oppositionspolitikern und Kirchenvertretern kritisierte Freude der Bundeskanzlerin über die gezielte Tötung des als globales Terrormonster wahrgenommenen Saudis Osama bin Laden, dem der Tod von rund 8.200 Menschen durch von ihm initiierte Mordanschläge angelastet wird. Angela Merkel, immerhin auch Vorsitzende einer sich christlich titulierenden Partei, trat betont lächelnd vor die Kameras: „Ich freue mich, dass es gelungen ist, Osama zu töten.“ Und auch Bundespräsident Christian Wulff pflichtete rasch aus dem fernen Mexiko bei, dass er die Ausschaltung von Bin Laden „für einen unschätzbaren Erfolg im weltweiten gemeinsamen Kampf gegen den menschenverachtenden Terrorismus“ halte.

Merkels Version uneingeschränkter Solidarität

War es der Versuch eines Ausbruchs aus der [selbstverschuldeten Isolation in der NATO](#) und in Europa, verursacht durch die inkonsequente Enthaltung Deutschlands im UN-Sicherheitsrat bei der Abstimmung zum Vorgehen der Weltgemeinschaft gegen den libyschen Diktator Gaddafi, der die Spitzenrepräsentanten der deutschen Politik zu solch eifertigen und vielleicht unbedachten Auftritten verleitete? War es der Versuch einer Wiedergutmachung und damit auch ein Reflex auf die die USA seinerzeit düpierende schroffe Absage des ehemaligen Kanzlers Gerhard Schröder, ausgerechnet bei einer Wahlkampfveranstaltung im Jahr 2002, dass Deutschland sich keinesfalls an dem Irak-Feldzug der „Koalition der Willigen“ beteiligen werde? Wollte man sich so auf eine demonstrativ emotionale und auf eine überzeugende Wirkung hinzielende Art wieder als ein verlässlicher Bündnispartner zurückmelden? Unfreiwillig knüpfte Merkel auch an den strammen Auftritt von Schröder im Kanzleramt nach der in seiner Dimension einzigartigen Anschlagserie am 11. September 2001 auf das World Trade Center in New York und das Pentagon in Washington mit mehr als 2.700 Opfern an; damals hatte der Ex-Kanzler noch lauthals eine „uneingeschränkte“ Solidarität mit den USA gelobt und in forderndem Tonfall gleich auch den [NATO-Bündnisfall](#) ausgerufen.

Dabei hatte der Urheber des Jubels, den die Amerikaner nach der Todesnachricht vor dem Weißen Haus, aber auch am Ground Zero und in der New Yorker Börse anstimmten, [Friedensnobelpreisträger Barack Obama](#), bei seiner Ansprache an die Nation und die Welt am 2. Mai eine verhaltenere Tonlage angeschlagen. Selbstgewiss und mit ernster Miene [trat ein US-Präsident ans Rednerpult](#), dessen mit gepresster Stimme vorgetragene Worte ein wenig atemlos klangen und die Anspannung und Belastung verrieten, der er zuvor bei der Live-Übertragung der Militäraktion der Spezialeinheit ausgesetzt war: „Heute kann ich dem amerikanischen Volk und der Welt mitteilen ...“ Das war nicht die gewohnt durchgestylte Performance des Panthers; Obama zeigte deutlich Nerven, aber er behielt sie auch im Griff.

Christen begrüßen niemals den Tod

Wo Obama langsamer sprechend und bewusster atmend die Rolle und Verantwortung eines Oberkommandierenden der US-Streitkräfte hätte noch gewichtiger interpretieren können, aber zugleich authentisch und ungekünstelt wirkte, da hätte die Kanzlerin bei ihrem Auftritt der in der abendländisch-europäischen Kultur verwurzelten Achtung der Menschenwürde im Angesicht des Todes mehr Geltung verschaffen und Respekt erweisen müssen. Niemand hätte verlangt, dass sie aus dem Stegreif eine ethisch-philosophisch ausgereifte Abwägung des Für und Wider von gezielten Tötungshandlungen von Massenmördern in vermuteten oder tatsächlichen Notwehrsituationen hätte darbieten oder sich rechtsphilosophisch mit der [Thematik des gerechten Krieges](#) oder des Tyrannenmordes hätte auseinandersetzen müssen; und niemand hätte gefordert, dass sie die [Herrschaft des Rechts](#) betonend dem verständlichen Drang nach Sühne und Vergeltung hätte Einhalt gebieten und auf der Durchführung eines geordneten Prozesses bestehen oder die USA gar einer völkerrechtlich bedenklichen Selbstjustiz hätte zeigen sollen. Auch hätte sie nicht einstimmen müssen in den aufgeregten Chor derer, die in Amerika alttestamentarische Rachegefühle vorherrschend wähen und Europa zum einzigen Hort wahrer Rechtsstaatlichkeit stilisieren und lauthals bezweifeln, ob der Gerechtigkeit im Falle der Tötung von Osama auch ausreichend „Genüge getan“ worden sei.

So musste als Erster der Sprecher des deutschen Papstes Benedikt XVI., Federico Lombardi, am Tag der Seligsprechung von Papst Johannes Paul II. [daran erinnern](#), dass zumindest ein Christ „niemals den Tod eines Menschen begrüßen“ solle. Und für die Kanzlerin ist es nach der übereilten Rechtfertigung seiner Nichtentlassung, sie habe Karl-Theodor zu Guttenberg nicht als wissenschaftliche Hilfskraft, sondern als Verteidigungsminister in ihr Kabinett berufen, nun schon der zweite Fauxpas in diesem Jahr.